Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1920

68 (8.3.1920) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 2.40 Mk., vierteljährlich 7.20 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 2.30 Mk. Auswärts am Postschalter abgeholt monatlich 2.30 Mk., vierteljährl. 6.90 Mk., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 2.65 M., vierteljährl. 7.95 M.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — **Badische Morgenpost**

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 60 Pfg., Reklamezeile 2.— Mk., an erster Stelle 2.50 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 948

Verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Hessemer und Hermann Weick; für Inserate: Paul Kußmann. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Teleph.-Amt Uhland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 68. — **Montag, den 8. März 1920** — Erstes Blatt.

Kautskys Anklageschrift.

Von Prof. Arthur Boehtlingk.

II.

Krieg mit Rußland aber bedeutete zugleich Krieg mit Frankreich, und somit Krieg mit doppelter Front. Um in diesem nicht zu unterliegen, war es, nach Auffassung des Großen Generalstabes, unerläßlich, Frankreich niederzukämpfen, bevor Rußland seine ganze, schier unerschöpfliche Waffenmacht entwickeln konnte. Hierzu war nur Aussicht vorhanden, wenn man den Weg durch Belgien einschlug.

Die belgische Frage! Wie bitter tut es noch immer Not, sie zu klären!

Seine Existenz verdankt Belgien dem preußischen Schwert. Ueber zwanzig Jahre lang (von 1793 bis 1814) hat es Frankreich annektiert gehabt. Die Entscheidungsschlacht, durch die Napoleon I. endgültig besiegt worden ist, bei Waterloo oder Belle-Alliance, ist auf belgischem Boden geschlagen worden. 1830, als es sich von Holland losriß, mit dem es 1815 vereinigt worden war, hätten die Franzosen, wären ihnen nicht England und Preußen in den Arm gefallen, Belgien wieder an sich gebracht. Daß es Napoleon III. 1866 nicht gelang, es einzubringen, hat er Bismarck am wenigsten verzeihen können. Hätte er 1870 obgesiegt, wär' es um Belgien geschehen gewesen. Damit hätte er, wie er nur zu wohl wußte, die Rheinlande allesamt unter dem französischen Schwerte gehabt.

Die Neutralität Belgiens, wie sie, im Anschluß an dessen Loslösung von Holland, im Vertrage des Jahres 1839 festgelegt worden ist, hat es vor allem vor erneuter Annexion durch Frankreich schützen sollen. Gerieten die die Neutralität verbriefenden Großmächte in Krieg miteinander, so war der bezügliche Vertrag hinfällig, ohne bindende Kraft. Als daher 1870 Frankreich und Preußen in Krieg miteinander gerieten, bestand der englische Premierminister, es war Gladstone, darauf, daß sowohl Frankreich wie Preußen sich durch einen neuen Vertrag verpflichteten, den belgischen Boden nicht zu betreten, ward der Vertrag des Jahres 1839 für die Dauer des französisch-deutschen Krieges suspendiert. Diese Auffassung des seitdem frisch in Kraft getretenen Vertrages haben die Staatslenker an der Themse, Asquith und Genossen, 1914 geteilt, sonst wäre doch ihre Anfrage in Paris und Berlin, ob man daselbst willens sei, die Neutralität Belgiens zu respektieren, ehrenrührig gewesen! Bethmann Hollweg hätte demnach mit einem einfachen „Nein!" antworten können, ohne dadurch mit dem „Völkerrecht" in Konflikt zu kommen. Dies um so einwandfreier, als, nach Darlegung eines der hervorragendsten belgischen Juristen am Haager Gerichtshof, der Vertrag des Jahres 1839, weit davon den Garantie-Mächten den Einmarsch auf belgisches Gebiet zu untersagen, diesen ihnen vorbehalten hätte. Der deutsche Reichskanzler aber war rechtshistorisch so wenig orientiert, daß er bekanntlich einen Verstoß gegen das „Völkerrecht" einräumend, nur das Recht der Notwehr in Anspruch genommen hat. Hiermit nicht genug. In der Abschieds-Unterredung mit dem englischen Botschafter nannte er den Neutralitäts-Vertrag einen bloßen Fetzen Papier! Damit hat er selbstverständlich nur besagen wollen, daß der fragwürdige Vertrag dafür, daß ihn die Franzosen oder auch die Engländer selbst einhalten würden, Deutschland nicht die geringste Sicherheit biete. Die diplomatische Perfidie des Engländers aber hat es verstanden, die Bezeichnung eines völkerrechtlichen Vertrages als einen bloßen Fetzen Papiers zur denkbar zündendsten Kriegslosung zu machen, diesseits und jenseits des Ozeans, rings um das Erdenrund Deutschland als einen infamen Eidbrüchigen an den Pranger zu stellen! Wegen dieses nicht genug zu sühnenden „Verbrechens" soll Kaiser Wilhelm, soll Bethmann Hollweg selbst vor dem Kriegs-Gericht der Entente zur Verantwortung gezogen werden! Wozu Kautsky, wie es scheint, nur Amen zu sagen weiß.

Wenn sich auch erst nachträglich herausgestellt hat, daß die belgische Regierung seit Jahr und Tag Anschluß an die „Entente" genommen hatte und der englische Generalstab in Belgien so gut wie zu Hause war, so ist damit doch der Beweis dafür erbracht, daß die Belgier selbst — vertragsbrüchig gewesen sind. Wir haben unserseits nur den Durchmarsch verlangt. Hätte Belgien, wie es dies tun konnte, ohne gegen den Vertrag von 1839 zu verstoßen, zugestimmt, so wäre es intakt geblieben und nicht zum Schlachtfelde geworden, so hätte es keine belgischen Greuel" gegeben. Als das Hinterland Belgiens ist Deutschland dessen natürliche Schutzmacht, sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen Interessen beider decken sich. Während es für England nur der englische Brückenkopf auf dem europäischen Festlande ist und in seiner wirtschaftlichen, überseeischen Entwicklung nur gehemmt wird, und Frankreich nach wie vor es am liebsten — verschlingen würde.

Woher Kautsky weiß, daß die Belgier bis zum Einbruch deutschfreundlich gesinnt gewesen seien, wissen die Götter. Den Flamen als Vollblutgermanen, von den französischen Wallonen unterdrückte Deutsche, mag es an natürlicher Sympathie nicht gefehlt haben, allein Brüssel selbst hat keinen höheren Ehrgeiz gehabt, als ein zweites Paris zu sein.

Mußte der Durchmarsch unserseits erzwungen werden, so konnte dies nicht blitzartig genug geschehen, indem uns die Franzosen und Engländer sonst zuvorgekommen wären.

Das Mißlichste ist gewesen, daß wir durch den Vorbruch nach Belgien hinein den Staatslenkern an der Themse die denkbar willkommenste Handhabe boten, für die Kriegserklärung an uns. Der österreichisch-serbische Konflikt, gar im Anschluß an die Serajewoer Mordtat, eignete sich hierzu so wenig, daß sie in der Tat bemüht gewesen sind, ihn zu lokalisieren und so dem Ausbruch des europäischen Krieges vorzubeugen. Dadurch aber haben sie nur die Staatslenker an der Spree vollends in trügerische Sicherheit gewiegt. Als Rußland trotzdem mobil machte und damit die Kriegslawine ins Rollen kam, hat selbst das Angebot: Belgiens Neutralität im strengsten Sinne zu wahren und sogar die französische Nordküste und Handelsflotte unangegriffen lassen zu wollen, Asquith, Grey und Genossen nicht dahin zu bringen vermocht, Englands Neutralität zuzusagen; sie waren, wie dies Grey selbst eingestehen mußte, Frankreich und Rußland gegenüber zu sehr gebunden. Gebunden aber hatten sie sich — dieweil sie selbst darauf aus waren, Deutschland zusammenzuschlagen und die beiden festländischen Kriegsmächte hierzu als Vorspann brauchten.

Soll von Urheberschaft und damit von Verschuldung des Krieges die Rede sein, so wird doch wohl zu fragen sein nach den Zielen der Politik der in Frage Stehenden und somit ihrer Absichten. Nun denn! Daß die Franzosen darauf bedacht gewesen sind, Elsaß-Lothringen zurückzuerobern und womöglich die ganze Rheinlinie (die „natürliche" Grenze Frankreichs!) wieder, wie zur Zeit der ersten Republik und Napoleons I., an sich zu bringen, den deutschen Nationalstaat, das Deutsche Reich, die Schöpfung Bismarcks, zu zertrümmern, daß dies insbesondere der Traum des „Revanchepräsidenten" Poincaré gewesen ist, liegt mehr als klar am Tage. Hierzu diente den Staatslenkern an der Seine wie das Bündnis mit Rußland, so auch die Entente cordiale mit England. Daß die Staatslenker an der Newa Konstantinopel und damit die endgültige Auflösung der Türkei und zugleich die Zertrümmerung der Donaumonarchie anstrebten — ist ebenfalls unbestreitbar. Und England? Um das englische Südafrika abzurunden und von jeder irgend bedrohlichen Nachbarschaft zu befreien, mußte Deutsch-Südwest-Afrika, um die ganze Strecke vom Kap bis Kairo zu einem englischen Geleis zu machen, Deutsch-Ost-Afrika von der Karte verschwinden, sollte Deutschland aus Afrika heraus um Indien vollends zu sichern, den Weg von Kairo an den Indus unter das englische Schwert zu bringen, Mesopotamien eingenommen werden. Damit die Nordsee ein englisches Gewässer bleibe, die deutsche Kriegsflotte vernichtet werden. Ein noch größerer Dorn im Auge John Bulls, der von seiner Reederei lebt und das Monopol des Weltzwischenhandels für sich in Anspruch nimmt, war die deutsche Handelsflotte, von der — eben deswegen echt „geschäftsmäßig" — nie die Rede gewesen ist.

Der Anglo-Amerikaner Homer Lea, als Verfechter der angelsächsischen Weltherrschaft, verkündete mehr als ein Lustrum vor dem Ausbruch des Weltkrieges in seinem Buche: „The day of the Saxon" (deutsch von Reventlow: „Des britischen Reiches Schicksalsstunde): für die Angelsachsen gebe es nur Waffenstillstand, keinen „Frieden". Um ihre Weltstellung zu behaupten, könnten sie nicht anders, als keine Macht aufkommen zu lassen, die diese beeinträchtige: einerlei ob es Rußland, Japan, China oder sonst eine Großmacht sei! Zurzeit gelte es, das Deutsche Reich zu vernichten. „Als England die deutsche Einheit verstattete, die Mitte Europas einzunehmen, verlor es die Zitadelle seiner europäischen Machtstellung, zimmerte es seinen eigenen Sarg". Wenn Deutschland bisher seine nationale Schranke nicht überschritten hat, so sei doch dessen Expansion mit Naturnotwendigkeit gegeben. In einem Kriege mit Großbritannien sei die Besitznahme von Dänemark und den Niederlanden aus strategischen Gründen, Deutschland genau so notwendig, wie es für Japan, um sich Rußlands zu erwehren, die Besetzung von Korea gewesen sei. Und so sei es höchste Zeit, daß England mit dem Deutschen Reiche aufräume!

Wozu hatte England die Entente cordiale mit Frankreich geschlossen, sich mit Rußland verständigt und seine Weltflotte in der Nordsee vereinigt, wenn nicht hierzu?

Wo sind entsprechende Ziele der deutschen Politik? Was hätte Deutschland von Frankreich, von Rußland oder England verlangt? Welches weitere Stück Erde begehrt?

Wenn der Engländer, in der Befürchtung, seine Weltherrschaft beeinträchtigt zu sehen, sich eingeredet und in die Welt hinausposaunt hat: Deutschland sei auf Weltherrschaft aus! So ist dies psychologisch begreiflich. Es hat sich überdies herausgestellt, daß damit nur die Ueberschwemmung des Weltmarktes mit deutscher Ware gemeint gewesen ist. Der „Geschichtsforscher" Kautsky weiß es freilich besser. Die Neuorientierung der auswärtigen Politik durch die Ernennung Bülows zum Reichskanzler und von Tirpitz zum Leiter des Marineamtes (Mitte der 90er Jahre!) habe, meint er, nur den Sinn haben können: „Aufrichtung der Beherrschung der Welt durch Deutschland!"

Etwa durch Einnahme von London und Neuyork? Eroberung Kanada's, Australiens, Süd-Afrika's Aegyptens, Indiens? Nicht doch! Als Beweis für die Stichhaltigkeit seiner so „vaterländischen" Behauptung, insbesondere die Bedrohung Englands betreffend, genügt Kautsky der Hinweis darauf, daß Deutschland mit Hilfe Rußlands an Indien und Aegypten heran gekonnt hätte! Dazu sei der Ausbau unserer Kriegsflotte gekommen.

Unsere Kriegsflotte! Frankreich, Rußland, Italien, Spanien, die Vereinigten Staaten, Brasilien, Japan, — Englands zu geschweigen —, jedwede Großmacht sollte soviel Kriegsschiffe besitzen, als sie aufzubringen vermöge oder Willens sei — nur allein Deutschland nicht. Weshalb dieses nicht? Nun, führt Kautsky aus, als säße er im Parlament an der Themse, und habe einen Churchill zu sekundieren, seitdem England aufgehört habe ein Agrarstaat zu sein, in dem Maße als es sich als Industriestaat auswachse, sei es für zureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen auf Einfuhr zu See angewiesen und so sei es voll berechtigt, die unbedingte Beherrschung dieser für sich in Anspruch zu nehmen. Als besäße England, als Inselreich inmitten des Weltmeeres, in diesem nicht den denkbar sichersten Schutzwall! Wie unmöglich es hält, es zu blockieren und also von Zufuhr zu See abzuschneiden, haben unsere heldenmütigen U-Boote nur zu deutlich an den Tag gelegt. Es ist durch keinen Nachbarn bedingt, braucht sich keines solchen zu erwehren. Seit den Tagen Wilhelms des Eroberers, der von der Normandie herübersetzte und zudem von der Mehrheit des englischen Volkes herbeigerufen war, hat es keine Landung erlitten! Selbst Napoleon I., im Besitze der belgischen und holländischen Küste, hat nicht gewagt, eine solche auch nur zu versuchen. Der Engländer fürchtet sich nicht sowohl davor, vom Meere als von seinem überseeischen Besitz, von Indien u. s. f. abgeschnitten zu werden, demnach für sein Weltreich. Seine Kriegsflotte dient ihm in erster Linie seine Handelsflotte zu schützen. Daß wir dieser mit unseren U-Booten so haben zusetzen können, ist das Schwerste gewesen, was wir ihm überhaupt haben antun können und was er uns am wenigsten „verzeihen" kann. Daß wir uns dazu verstiegen haben, dünkt Kautsky in der Tat — unverzeihlich. Daß Deutschland einer 5jährigen Hungerblockade ausgesetzt gewesen ist, wir unsere Handelsflotte und unsere Kolonien sofort haben preisgeben müssen, unsere Kriegsflotte in dem nassen Dreieck der Helgoland-Bucht eingeschlossen geblieben ist, kümmert den deutschen Geschichtsschreiber nicht weiter. Nur um diesem vorzubeugen, Englands so erdrückende Uebermacht in Schranken zu halten — dazu und nur hierzu hat unsere so verpönte Kriegsflotte dienen können und sollen. Welche Herausforderung des britischen Löwen! Welche Anmaßung! Welch ein „Verbrechen!"

Kredit und Arbeit.

O. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Es ist selbstverständlich, daß wir uns in bezug auf die Hilfsbereitschaft der ehemaligen Feinde, wie sie sich in dem Londoner Manifest auszusprechen scheint, keinerlei voreilige und übertriebene Erwartungen hegen dürfen. Auch wird der egoistische und zugleich kurzsichtige Widerspruch Frankreichs auf jeden Fall noch für lange Zeit jede praktische Sanierungsarbeit schwer hemmen. Aber es ist andererseits doch auch unrichtig, wenn besonders von unseren Rechtsparteien her dem deutschen Volke von vornherein die Aussicht auf die zurückkehrende Vernunft der Gegner und damit auf eine Besserung der Zustände getrübt oder verleidet wird.

Gewiß handelt England, wenn es sich jetzt für eine große internationale Kreditmaßnahme für uns einsetzt, nicht aus Deutschenliebe, und gewiß besteht die Gefahr, daß das Aufsichtsrecht, das vor allem Frankreich durch die Wiedergutmachungskommission über eine durch solche Kredithilfe erstarkende Volkswirtschaft in Anspruch nimmt, uns in ein dauerndes unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis vom Auslande bringt. Aber das ist doch der schlimmste mögliche Fall, bei dem wir die Wahrscheinlichkeit künftiger bedeutsamer Veränderungen der weltpolitischen Konstellation ausschalten, während wir doch, wenn wir, aber auch nur wenn wir, uns erst einmal wieder wirtschaftlich aus dem Aergsten herausgearbeitet haben werden, später in der Lage sein werden, günstigere politische Möglichkeiten auszunutzen.

Es ist dies der einzige gangbare Weg, der durch vorzeitige Betonung politischer Ziele, die das Ausland zweifellos auch in einer Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten erblicken würde, nur erschwert werden kann. Die gute deutsche Arbeit und der deutsche Kaufmann werden zunächst die Fäden zu knüpfen haben, die Deutschland aus seiner Isolierung und Schwäche herausführen. Daß beide damit bereits begonnen haben, hat u. a. die Leipziger Messe gezeigt. Deshalb sollten wir viel nüchterner, aber ohne falschen hochmütigen Trotz allen weiteren Möglichkeiten, die uns die beginnende wirtschaftliche Einsicht besonders in England bietet, prüfen und aufgreifen. Was sich daraus gestalten wird, steht zum großen Teile doch bei uns selbst.

Amerika und der Völkerbund.

Washington, 8. März. Der Staatssekretär des Marineamtes verlangt von der Marinekommission des Repräsentantenhauses eine Erhöhung des Bauprogrammes der Kriegsmarine für den Fall, daß der Friedensvertrag nicht in der nächsten Session des Kongresses ratifiziert werden sollte. Sollte der Vertrag ratifiziert werden und der Völkerbund seine Existenz beginnen, so wäre es für die Vereinigten Staaten nicht nötig, eine große Flotte zu schaffen.

Washington, 8. März. (Wolff.) Mit 46 gegen 25 Stimmen stimmte der Senat neuerdings dem Vorbehalt zum Friedensvertrage zu, nachdem die Vereinigten Staaten es ablehnen, zu den Ausgaben des Völkerbundes ohne Zustimmung des Kongresses der Vereinigten Staaten mitbeitragen zu helfen.

Aus dem Freistaat Danzig.

Berlin, 8. März. Die Deutsche Demokratische Partei für den Freistaat Danzig hielt gestern einen Parteitag ab, auf dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß das Regiment Tower einer Diktatur gleiche, die sich die Bevölkerung Danzigs nicht länger gefallen lassen könne. Wenn die Wahl nicht möglichst bald stattfinde, drohe das ganze Wirtschaftsleben Danzigs zu erstarren. Danziger Wirtschaftspolitiker werfen jetzt den Plan auf, die nordamerikanische Dollarwährung im Freistaat Danzig einzuführen. An der Durchführbarkeit dieser Idee sei jedoch zu zweifeln.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Bethune, 8. März. (Wolff.) Der Gewerkschaftskongreß für die Departements Nord und Pas de Calais ist gestern hier zusammengetreten. Da die von Paris gemachten Zugeständnisse als ungenügend erachtet wurden, wurde mit 164 gegen 14 Stimmen der Streik beschlossen.

Bethune, 8. März. (Wolff.) Gestern morgen war die Arbeit in den Gruben von Marles und Serfay völlig eingestellt. Es streiken ungefähr 15 000 Mann.

Rußland und Finland.

Helsingfors, 8. März. (Wolff.) Zwischen der Räteregierung und Finland wurde durch Notenwechsel vereinbart, die Feindseligkeiten in den Grenzgebieten einzustellen. Es dürften Friedensverhandlungen bevorstehen.

Japan.

Amsterdam, 8. März. Den Blättern zufolge meldet die „Eastern Service" aus Tokio, daß der Ausschuß des japanischen Unterhauses den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf über das allgemeine Wahlrecht abgelehnt habe, weil nach Ansicht der Volksvertretung die unteren Klassen noch nicht reif seien, sich selbst zu regieren und außerdem die Demokratie keine Gewähr für eine gute Regierung bilde.

Ausschreitungen im Berliner Adlon-Hotel.

Berlin, 8. März. (Wolff.) Zu einem schweren Zusammenstoß kam es in der vergangenen Nacht im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, einem Sohn des Prinzen Albrecht, sowie anderen deutschen Gästen und drei Mitgliedern der französischen Militärmission. Als die Kapelle „Deutschland, Deutschland über alles" spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz forderte die Franzosen zum Aufstehen auf. Da sie dieser Aufforderung keine Folge leisteten, warfen der Prinz und andere Gäste Blumenvasen, Gläser und andere Gegenstände nach den Franzosen. Es kam zu Tätlichkeiten, bei denen die Franzosen Beulen und Quetschungen davontrugen. Der Prinz wurde aus dem Hotel entfernt. Der Vorfall wird jedenfalls noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Prinz Joachim von Preußen bestreitet telephonisch dem W. T. B. gegenüber, daß er in der gemeldeten Weise an dem Vorfall beteiligt gewesen sei. Er habe in Gesellschaft anderer Persönlichkeiten in einer Ecke gesessen und den Verlauf des Zwischenfalles nicht einmal verfolgen können, weil zwischen seinem Tisch und dem Tisch der französischen Gäste eine große Anzahl Personen sich aufgestellt hatte. Auch habe er keinerlei Gegenstände geworfen.

Der Reichswehrminister hat verfügt, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Rittmeister v. Platen, der gleichfalls an dem Zwischenfall im Hotel Adlon beteiligt war, vorläufig in Schutzhaft genommen werden.

Ohne Unterschied der Parteistellung bedauern alle Morgenblätter die Ausschreitungen im Adlonhotel.

b. **Berlin**, 8. März. (Eig. Drahtber.) Prinz Joachim von Preußen ist ein Sohn des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen; er war früher einmal in der Schutztruppe in Südwestafrika. Der Prinz verkehrt seit einigen Wochen in dem Hotel, in dem auch zahlreiche französische Offiziere wohnen. Am Samstag hatte die Gesellschaft des Prinzen schon reichlich getrunken, als gegen 11 Uhr die Kapelle wie gewöhnlich „Deutschland, Deutschland über alles" spielte. Wie gewöhnlich erhoben sich dabei die deutschen Gäste, während zahlreiche Ausländer, Amerikaner, Engländer und Franzosen und ebenso die Neutralen sitzen blieben. Bei dieser Gelegenheit wurde der Prinz und sein Begleiter, ein Herr von Platen, plötzlich rabiat. Er forderte die Franzosen auf, aufzustehen, und als diese sich begreiflicherweise weigerten, warf er zuerst mit Blumen und später mit einem Weinglas nach ihnen. Das war das Signal zu einem allgemeinen Angriff. Man warf von verschiedenen Tischen mit Gläsern und Flaschen nach den Franzosen. Um den Tisch der Franzosen entwickelte sich nun eine allgemeine Rauferei, in deren Verlauf es auch zu einem Zwischenfall zwischen dem Prinzen und dem deutschen Grafen Metternich kam, der dem Prinzen zurief: „Schämen Sie sich! Sie wollen ein Prinz sein. Sie und Ihre Familie waren das Unglück für Deutschland." Die französischen Offiziere verteidigten sich gegen die Angriffe sehr nachdrücklich mit Flaschen, Gläsern und Tellern. Der Prinz griff einen französischen Hauptmann mit einem Kerzenhalter an, wurde aber dann von den Kellnern aus dem Saale entfernt. Die französischen Offiziere, die übrigens in Zivil waren, hatten verschiedene Quetschungen, Beulen und Schnittwunden davongetragen, außerdem waren ihre Anzüge übel zugerichtet. Als der Prinz trotz des Vorfalles am Sonntag vormittag im Hotel erschien, weigerten sich die Kellner, ihn zu bedienen.

*

Ferner verbreitet das Wolffbureau folgende Mitteilung: In letzter Zeit haben sich in Berlin verschiedene unliebsame Vorfälle mehr oder weniger ernster Art zwischen deutschen Zivilisten und Militärpersonen einerseits und Mitgliedern der aufgrund des Friedensvertrages hier tätigen interalliierten Überwachungsausschüsse andererseits ereignet. In jenen Fällen, in denen die Namen der dabei Beteiligten bekannt sind, ist von den zuständigen Stellen unverzüglich eine Untersuchung eingeleitet worden; es wird, soweit sich auf der einen oder anderen Seite eine Schuld ergibt, entsprechend eingeschritten werden.

Graf Bernstorff — demokratischer Reichstagskandidat.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 8. März. Graf Bernstorff ist in Duisburg—Krefeld als demokratischer Reichstagskandidat aufgestellt worden; er hat die Kandidatur auch angenommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Auch die Akten des Berliner auswärtigen Amtes haben ein anderes Ziel der deutschen Politik, als die Wahrung der Integrität des Deutschen Reiches und möglichste Aufrechthaltung des Friedens nicht an den Tag gebracht. Vollends die Donaumonarchie und die Türkei sind auf nichts weniger als auf „Eroberung" ausgewesen. Vielmehr haben sich Frankreich, Rußland, England, Italien, Serbien und Rumänien zusammengefunden und verbündet, um die Mittelmächte aufzuteilen, mit der habsburgischen Monarchie und der Türkei auch dem Deutschen Reiche den Garaus zu machen. Und so ist der Krieg deutscherseits in der Tat, wenn einer, ein Defensiv- oder Verteidigungskrieg gewesen. Die Staatslenker an der Spree haben die Kanonen gelöst, nur weil sie sich eines übermächtigen Ansturmes nicht mehr anders zu erwehren wußten. „Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt. Der Kaiser hat den Krieg nicht gewollt. Die Regierung hat den Krieg nicht gewollt, der Große Generalstab erst recht nicht — und doch haben wir ihn bekommen." Dies lapidarische Wort unseres Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuß wird durch die Berliner Akten nur — bestätigt.

Wenn Tirpitz, vom seemännischen Gesichtspunkte aus in bezug auf die Schuldfrage, meint: für eine Katastrophe auf See ziehe man nicht denjenigen zur Rechenschaft, der falsch ausgewichen ist, sondern den, der die verhängnisvolle Lage herbeigeführt hat, so stimmt auch dies.

Diese Lage aber haben nicht die Staatsmänner an der Spree, sondern die an der Themse herbeigeführt. Rußland und Frankreich allein hätten den Waffengang schwerlich gewagt: erst das Hinzutreten Englands hat sie dazu ermutigt. Mobil gemacht hat, was immer wieder übersehen wird, zuerst — England, durch die Zusammenziehung seiner Weltflotte in der Nordsee in kriegsbereitem Zustande und die Bereithaltung eines auserlesenen Söldnerheeres von 200 000 Mann, die es über Nacht auf das Festland werfen konnte.

Wäre es den Staatslenkern an der Spree auch geglückt, den österreichisch-serbischen Konflikt zu isolieren und ohne Intervention Rußlands zum Austrag kommen zu lassen, wie sie es hofften, so wäre damit der Ausbruch des europäischen, des „Weltkrieges", doch nur kurze Zeit noch hintangehalten worden. Mit dem von Tag zu Tag erwarteten Heimgange des überalten Kaisers Franz Joseph hätte die Stunde für die Auflösung und Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns, und damit zugleich des Deutschen Reiches, unwiderruflich geschlagen. Lange konnte weder Frankreich die wieder eingeführte dreijährige Dienstzeit, noch Rußland sein Riesenheer ertragen, noch England seine Weltflotte in der Nordsee beisammen halten, die australischen und asiatischen Gewässer den Japanern überlassen. Unsere Staatslenker sind denn auch nicht zum wenigsten geleitet worden von der Ueberzeugung der Unvermeidlichkeit des ungeheuerlichen Krieges: sie fürchteten obendrein, daß die Chance, den Kampf siegreich zu bestehen, von Jahr zu Jahr nur immer geringer werden könne. Und so griffen sie den Fehdehandschuh, den ihnen Rußland zuwarf, auf. Ihre Hauptverschuldung liegt darin, daß sie die so ungeheuerliche Koalition sich haben bilden lassen, sie so gesteuert haben, daß Rußland (!) mit England handelseinig geworden ist.

Um das „mißtrauische Ausland" zu überzeugen, daß das neue Regiment bei uns in Deutschland mit dem alten völlig gebrochen hat, bedurfte es wahrlich nicht erst der Kautskischen Brandschrift. Daß mit der Hohenzollerndynastie die Monarchie von Gottes Gnaden unwiderruflich dahin ist, liegt nur zu klar am Tage. Die wahnwitzige Selbstüberhebung Wilhelms II. und Letzten, im Bunde mit seiner so hochgradigen Unfähigkeit, seinem politischen Dilettantismus, hat ihn zum Totengräber seiner Dynastie gemacht, und nicht nur dieser. Die Verantwortung, die er sich aufgeladen hat, indem er sein eigener Reichskanzler hat sein wollen, ist schier unermeßlich. Soll er deswegen zu Rechenschaft gezogen werden, so kann dies nur von seinem eigenen deutschen Volke aus geschehen, das er ins Verderben gestürzt hat. Daß die Entente-Brüder ihn vor ihr Tribunal zu ziehen suchen, ist eine völkerrechtswidrige Anmaßung, eine Verwerfität ohnegleichen. Beabsichtigen sie damit doch nichts geringeres, als ihn verantwortlich zu machen für das ungeheuerliche Blutbad des Weltkrieges, den sie selbst angezettelt haben! Ihnen liegt so daran, ihre Schuld ihm aufzuladen, damit sie vor ihren eigenen Völkern bestehen können. Indem sie ihm die Schuld aufladen, laden sie diese unserm deutschen Volke auf. Was zur Rechtfertigung des Versailler Henkerspruchs unerläßlich scheint.

Kautsky aber hat nichts besseres zu tun gewußt, als den Versailler Henkern — Henkerknechtsdienste zu leisten. Nicht nur dadurch, daß er mit ihnen ins gleiche Horn bläst, sondern auch dadurch, daß sein Büchlein, mit dem Nimbus kritischer Quellenforschung, nur zu sehr dazu angetan ist — auch Einheimische zu betören, Deutschland zur Selbstschändung anzutreiben.

Das preußische Verfassungsproblem.

Von Dr. Hugo **Preuß**, Reichsminister a. D.

Später als in manchen anderen deutschen Ländern ist in Preußen der Entwurf der neuen freistaatlichen Verfassung der verfassunggebenden Landesversammlung zugegangen. Und das Schicksal, das ihn hier erwartet, ist noch ungewiß. Das ist durchaus begreiflich. Denn wie Preußen nach Größe und Art als Einzelstaat mit keinem anderen deutschen Lande einfach gleichzustellen ist, so ist es mit seiner neuen Verfassung vor ein Problem gestellt, das in solcher Gestalt für keines der übrigen Länder bestand. Dies Problem ist scheinbar ein doppeltes: sein Verhältnis zum Reich und zu seinen Provinzen. In Wahrheit sind das aber nur zwei Seiten des einheitlichen Problems: wie kann sich der Großstaat Preußen unter den völlig veränderten Verhältnissen in die neue Gestaltung Deutschlands einfügen?

Die kräftige Ausdehnung der Reichszuständigkeit und die stärkere Zusammenfassung der Reichsorganisation, wie sie in der Weimarer Reichsverfassung durchgeführt sind, machen sich zwar gegenüber allen Ländern geltend; aber Preußen gegenüber doch noch in ganz besonderer Art. Was die Länder an Selbständigkeit einbüßen, das gewinnt das sie alle umschließende Reich, hinter dessen Firma sich nicht mehr — wie früher — die am letzten Ende ausschlaggebende preußische Hegemonie verbirgt. Je deutlicher und klarer sich diese entscheidende Wandlung herausarbeitet und je unzweifelhafter sich die Tatsache herausstellt, daß heute nicht mehr wie einst die Stärkung des Reiches gleichbedeutend mit Verpreußung ist, desto leichter und schmerzloser werden sich die alt überkommenen Widerstände gegen die notwendige Stärkung des nationalen Staates überwinden lassen. Aber für Preußen selbst bedeutet nun eben jene Wandlung ein völlig verändertes Verhältnis zum Reich. Es ist nicht mehr der das Reich tatsächlich leitende Präsidialstaat, sondern ein Land gleich allen anderen Ländern. Wenigstens soll es das von rechtswegen sein. Aber kann ein Land, das allein sehr viel größer ist als alle anderen zusammengenommen, das also für sich allein den größeren Teil des ganzen Reiches bildet, in seinem Verhältnis zu diesem Reich all den anderen tatsächlich gleichgestellt sein? Wenn bei der Stimmverteilung im Reichsrat Preußen den anderen Ländern wirklich gleichgestellt würde, so hätte es für sich allein die Mehrheit; die anderen könnten also zu Hause bleiben. Deshalb mußte Preußen hier rechtlich schlechter gestellt werden als alle anderen. Das war freilich früher im Bundesrat auch der Fall; aber damals wurde dies mehr als ausgeglichen durch seine Präsidialbefugnisse, durch die Verbindung in der Person des Monarchen und in den beiden Regierungen. Diese Einrichtungen sind fortgefallen und nicht wieder herzustellen, wenn man nicht die preußische Hegemonie wieder herstellen will. Preußen muß also seine Verfassungsorganisation jetzt, losgelöst von der des Reiches, abschließen; und doch steht es dabei dem Reiche unfreier gegenüber als jedes andere deutsche Land. Hier wäre ein Landespräsident als abschließende Spitze der Verfassungsorganisation zwar unerwünscht und vielleicht unzweckmäßig, doch wohl kaum eine ernstliche Reichsgefahr; ein preußischer Staatspräsident neben dem Reichspräsidenten wäre eine sehr ernstliche Reichsgefahr und ist deshalb eine politische Unmöglichkeit. Eine unmittelbar vom Landtag gewählte Landesregierung ist für alle übrigen Länder die durchaus zweckmäßige und geeignete Lösung.

Die Stärkung der Reichskompetenz und Reichsorganisation geht Hand in Hand mit einer kräftigen Dezentralisation, die den Ländern die Stellung höchstentwickelter autonomer Selbstverwaltungskörper gibt. Alle anderen Länder, nur der Großstaat Preußen, der weit mehr als die Hälfte des ganzen Reiches umfaßt, fügt sich in diese Stellung nicht ein. Denn er ist selbst ein zentralisierter Einheitsstaat, dessen Provinzen an Größe und landschaftlicher Eigenart den größeren unter den anderen deutschen Ländern durchaus ebenbürtig sind. Weshalb Rheinland und Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen eine so völlig andere Stellung zum deutschen Nationalstaate haben müssen als Württemberg oder Baden, Sachsen oder Mecklenburg, das ist eine Frage, die sich nach der Staatsumwälzung natürlich aufdrängt, und wenn es Gründe dafür gibt, daß sich zwischen jene Landschaften und das Reich noch eine Zwischeninstanz einschiebt, so wird die Frage umso dringender, ob im Gegensatz zum dezentralisierten Reich dieser preußische Zwischenstaat so zentralisiert sein und bleiben muß, daß jene Landschaften nicht einmal zu ihm eine ähnliche Stellung haben wie die übrigen Länder unmittelbar zum Reiche.

Das sind die beiden Seiten des preußischen Verfassungsproblems. Wie der jetzt herausgekommene Entwurf sich zu diesem doppelseitigen Problem stellt, das gibt ihm sein politisches Gepräge; denn von der Lösung dieses Problems hängt die politische Entwicklung Preußens und Deutschlands ab. Da keine Antwort auch eine Antwort ist, so charakterisiert sich der Entwurf politisch dadurch, daß er das Problem überhaupt nicht berührt. Der offenkundige Notbehelf des „Finanzrates" geht um die eine Seite des Problems herum und die Vertröstung auf eine künftige Selbstverwaltungsgesetzgebung geht um die andere Seite herum. Diese Vertröstung wäre auch ohne das trostlose Schicksal des sogenannten Autonomiegesetzes unzulänglich. Sicherlich liegt auch diesem negativen Verhalten des Entwurfs ein politischer Gedanke zu Grunde. Es ist der alte Gedanke, daß die feste Geschlossenheit der zentralisierten preußischen Verwaltung das Rückgrat im lockeren Gefüge des Reiches bildet; daß sich allmählich dieser preußische Einheitsstaat zum deutschen Einheitsstaat auswachsen könne, wie sich Brandenburg zum preußischen Großstaate ausgewachsen habe. Wem dieser Glaube durch alle Tatsachen der Erfahrung nicht erschüttert ist, dem wird er durch Gründe nicht erschüttert werden. Aber das Festhalten an diesem Glauben droht nach allen Zeichen der Zeit dahin zu führen, daß das Gefüge des preußischen Einheitsstaates durch plötzliche Erschütterungen zerrissen und dadurch unter Umständen auch die Grenzen des Reiches gefährdet werden. Durch ein Aufgehen im Reiche vollendet Preußen auf den Wegen der neuen Zeit seinen deutschen Beruf, indem es die dezentralisierte Reichseinheit vollendet. Aber dieses Aufgehen muß, um Erschütterungen und Gefahren zu vermeiden, ein allmähliges, organisatorisch sich entwickelndes sein. Den Weg dazu weist die Dezentralisierung Preußens selbst und die demokratische Organisation von unten nach oben. Diesen Weg sollte die preußische Verfassung beschreiten, indem sie eine demokratische Organisation der engeren Selbstverwaltungskörper zur Grundlage nimmt, den Provinzen eine auf gleichem und direktem Wahlrecht hervorgehende Landesvertretung und eine von dieser gewählte Landesverwaltung gibt. Ihr wären in allmählicher Entwickelung und mit gewissen Vorbehalten für die Zentralverwaltung die meisten Gebiete der inneren Landesversammlung zu übertragen. Neben ihr könnte in jeder Provinz ein Staatskommissar zur Ausübung der Staatsaufsicht und Leitung der der Zentrale vorbehaltenen Angelegenheiten stehen. Aus den Provinzialregierungen wäre ein Staatsrat in ähnlicher Weise zu bilden, wie der Reichsrat aus den Landesregierungen hervorgeht. Diesem Staatsrat könnten für Gesetzgebung und Verwaltung in Preußen ähnliche Funktionen übertragen werden, wie sie der Reichsrat im Reiche ausübt; daneben könnte der Vorsitzende des Staatsrats die Befugnisse ausüben, für die es beim Mangel eines Staatspräsidenten keinen recht geeigneten Träger gibt. So finden die beiden Seiten des preußischen Verfassungsproblems: sein Verhältnis zum Reiche und zu seinen Provinzen eine einheitliche Lösung, durch die der auf die Dauer unhaltbare Gegensatz zwischen der Stellung dieser Provinzen einerseits und der deutschen Länder andererseits allmählich aufgehoben wird.

Die deutsche Republik.

Ein Zwischenfall im bayerischen Verfassungsausschuß.

Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags kam es anläßlich der Beratung eines von dem Abgeordneten Dr. Strathmann (Mittelpartei) gestellten Antrags, die Regierung solle mit der Reichsregierung alsbald Verhandlungen mit dem Ziel einleiten, daß das Freifahrtrecht der Abgeordneten auf die Fahrt von Bayern nach Berlin und nach der Pfalz ausgedehnt werde, zu einem Zwischenfall. Ministerpräsident Hoffmann erklärte, daß er versuchen werde, durchzusetzen, was der Antrag wolle. Der sozialdemokratische Abgeordnete Freiherr v. Haller verlangte, daß der Wille des Landtags auch durchgesetzt werde. Den gleichen Standpunkt vertrat der Abgeordnete Wohlmuth von der Bayer. Volkspartei. Der Ministerpräsident erwiderte darauf, daß er immer noch den freien Willen habe, als Ministerpräsident zu tun, was er wolle. Der bayerische Landtag könne beschließen. Wenn der Ministerpräsident den Beschluß nicht ausführen könne, könne er gehen. Nachdem der Abgeordnete Wohlmuth erklärt hatte, daß der Ministerpräsident sich dem zu fügen habe, was der Landtag wolle, wurde der Antrag angenommen.

Für den Anschluß Tirols an Deutschland.

Die Deutsch-Demokratische Gemeinschaft in Tirol ruft in den „Innsbr. Nachr." das Tiroler Volk unter Hinweis darauf, daß es keine andere Aussicht auf Rettung vor völliger Vernichtung gebe, zur Durchführung einer freiwilligen Volksabstimmung für den Anschluß Tirols an das Deutsche Reich auf.

Badischer Landtag.

Der Verfassungsausschuß

des Landtags befaßte sich am Freitag nochmals mit dem Gesetzentwurf über die Aenderung der Steuergesetze. Hierbei wurde dann der von dem Berichterstatter Abg. Mayer-Karlsruhe (D. N.) erstattete Bericht einer Prüfung unterzogen und nach einigen kleinen Aenderungen redaktioneller Natur angenommen. Bei der Beratung wurde von sozialdemokratischer Seite u. a. beantragt, in dem Gesetz die Bestimmung zu streichen, wonach auch Aktiengesellschaften und sonstige juristische Personen, wie z. B. die Druckereien sozialdemokratischer Blätter, zu den Baukosten kirchlicher Gebäude herangezogen werden können. Der Antrag wurde nach ausführlicher Aussprache zurückgezogen. Der Verfassungsausschuß erkannte die Berechtigung des Verlangens der sozialdemokratischen Fraktion an und beschloß demgemäß.

Zivilversorgungsschein D.

Im Landtag haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Schopfheim und Gen. eine förmliche Anfrage über die Berechtigung des Zivilversorgungsscheins D eingebracht, die lautet:

„Ist der Regierung bekannt, daß Inhaber des Zivilversorgungsscheins D deshalb keine Anstellung beim Landesfinanzamt, welches seit 1. Oktober v. J. Reichsbehörde geworden ist, finden können, weil genannter Versorgungsschein nur zur Anstellung bei den Behörden des Landes Baden berechtigt? Sind keine vertraglichen Uebergangsbestimmungen mit der Reichsbehörde getroffen, welche die Inhaber des Zivilversorgungsscheins, der eine 15jährige Gesamtdienstzeit voraussetzt, vor Schaden bewahren?"

Badische Politik.

Bekämpfung der moralischen Verwilderung.

Der demokratische Abgeordnete Dekan D. Goldermann-Rötteln machte in der 19. Sitzung des Landtags folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die Bevölkerung erwartet, daß die Regierung der Bekämpfung der moralischen Verwilderung die größte Aufmerksamkeit widmet. Dazu muß zunächst auf dem Gebiete der Schulen alles, was möglich ist, getan werden, um die Bildungsmöglichkeiten zu heben. Auch die Religion muß in der Schule erhalten werden. Hier hat sich die Befürchtung, daß die Republik religionsfeindlich sei, nicht bestätigt. Die Kirchen dürfen sich unter der Republik freier gestalten, als je zuvor. Sie sind wichtige Faktoren der Volkskultur. Das Pfarrhaus auf dem Lande ist der Mittelpunkt des geistigen, sozialen und charitativen Lebens. Aus dieser Kulturbedeutung der Kirchen und der Notlage der Geistlichen rechtfertigt sich die im 7. Nachtrag enthaltene große Zuwendung an die Kirchen, für die der Staatsregierung herzlicher Dank gebührt. Der Staat hat damit auch sich selbst einen großen Dienst geleistet, denn ohne die treue Arbeit der Geistlichen und der Kirche ist der sittliche Wiederaufbau unseres Volkes unmöglich. Es muß festgestellt werden, daß der Krieg nicht das Stahlbad für unser Volk gewesen ist, von dem so oft geredet wurde, sondern daß er die Seele unseres Volkes verwüstet hat. Einen großen Anteil der Schuld hieran trägt die Zwangswirtschaft. Durch ihre Aufrichtung ergoß sich eine ständig steigende Menge von Gesetzen und Verordnungen über die Bevölkerung. Da man die Bestimmungen nicht alle im Kopfe behalten konnte, und da die Not wuchs, begann sich die Bevölkerung in allen Schichten — Erzeuger, Verbraucher, Landwirtschaft, Handel, Industrie — daran zu gewöhnen, die Vorschriften der öffentlichen Bewirtschaftung zu übertreten und zu umgehen. Es bildete sich dann eine Klasse der Schieber, die unser Volk aussaugen und prassen. Wir leiden unter ungeheurer Kohlennot — und doch gibt es genug Schieberkohlen; wir haben eine furchtbare Wohnungsnot und sehen daneben neue Kinopaläste entstehen; wir leiden unter Nahrungsmittelnot und Unterernährung und müssen das Treiben von Leuten ansehen, die noch keine Not gespürt haben. Keine Maßnahme der Regierung kann scharf genug sein gegen Schieber. Aber wir müssen auch immer bedenken, daß das freie Verfügungsrecht des Erzeugers über seine Produkte der normale Grundsatz der Wirtschaft ist. Die Zwangswirtschaft war eine Notwendigkeit im Kriege. Auf einzelnen Gebieten ist sie es noch jetzt, solange, als bei der Lebensmittelversorgung eine Katastrophe droht. Ich begrüße die Erklärung des Ministers des Innern, daß die

Theater und Musik.

Sudermanns „Raschhoffs" in Berlin.

Unser Berliner Schauspielreferent schreibt: Hermann Sudermann läßt seit einiger Zeit seine neuen Stücke auswärts mit Erfolgsreifen beschlagen, bevor sie der Berliner Kritik vorwirft. Auch bringt er sie nicht mehr ins Lessing- oder in ein anderes Theater mit gesiebt literarischem Premierenpublikum, sondern zu den Brüdern Rotter, die eine amerikanische Aufmachung und vielleicht die Beherrschung einer ganzen Saison garantieren, — sich's übrigens eine hervorragende Darstellung kosten lassen. Dem Schauspiel „Die Raschhoffs" konnte sich, so wahr am Alltag des Theaters das Theater und nicht das Leben siegt, der Beifall der großen Menge nirgends versagen; hier, im Residenztheater, war's ein donnernder Triumph . . . Bedingungsweise schließe ich mich den Gewogenen an: Wenn schon Sudermann, denn schon der skrupellose, der König der hohlen Bretter! Es „sitzt" jede Szene, und wäre sie noch so wider die Natur der menschlichen Dinge. Es packt jeder unterstrichene Kontrast. Auch Widerstrebende geraten in Spannung, und den Geschmackvollen bleibt das Vergnügen an manchem geschliffenen Zynismus (auch dann, wenn Frau Meier die Aeuglein trocknet . . .) und ein bißchen Wehmut über den Poeten: Wie? Poeten?! Nach langen Jahren — und nachdem man ihn längst begraben glaubte — lugt er in den „Raschhoffs" schüchtern hinter dem dreispurig einherschreitenden Theatergeneral hervor. Die romanhafte Willkür des „Stücks" wetteifert in den kühnsten Zumutungen mit der Groschenphantasie einer Courths-Mahler. Eine ganz echte und verwegene Bar-Jungfrau vom Berliner Kurfürstendamm, eine, die gleichzeitig zehn Liebhaber ausraubt, wird vom Papa eines ihrer Opfer nach Ostpreußen transportiert und unter falscher Tugendlegitimation im Pächterbauernhaus festgesetzt, dicht neben dem Mistbaufen! Weder ein verschlagenes Familiendrama-Geschmachte, noch eine besondere Geschäftsspekulation rechtfertigt die Fügsamkeit der sehr energischen Dame. Das aber ist das Sudermännischste noch keineswegs! Dem alten Hexenmeister kommt es nicht darauf an, aus dem Vater Gutsherrn der seinem Sohn die Kokotte ins heimatliche Nest bringt, einen hervorragenden Pädagogen zu machen. Damit Bernhardchen nicht immer nach Berlin reise und Frauchen allein lasse, hat das Vaterherz den eigenartigen Schutz der Häuslichkeit ersonnen . . . Nun entwickelt sich weiterlei: ein abscheulich rührsamer Triumph der Empfindsamkeit, als die aus dem achtzehnten Jahrhundert stammende ahnungslose Gattin der verderbten Bar-Jungfrau begegnet; und dann eine tragisch anmutende Stoffwendung der Kotzebueschen „Beiden Klingsberg". Der saftige Alte geht dem Jungen bei der Bar-Dame ins Gäu, die vorurteilslose Jungfrau hält es (präzise Stundeneinteilung!) mit beiden, und fast kommt es so weit, daß Vater und Sohn sich rechtschaffen duellieren, als eine „große Szene", die statt Tat und innerer Kraft nur eine faszinierende Gebärde bietet, das Fieber des Alten und des Jungen plötzlich löscht. Dieses Theater ist so verläßlich gezimmert, daß man sich fast willenlos darein ergibt. Nicht einmal die ältesten Kulissenschiebungen (daß sich z. B. einer betrinken muß, um dramaturgisch notwendige Unvorsichtigkeiten zu begehen!) stören wesentlich. Nur wenn der ehrliche und witzige Zynismus Sudermanns dem „Gefühl" Platz macht, wirds peinlich . . . Wer soviel über und gegen den guten Geschmack vermag, wer selbst mit den abgegriffensten Mitteln die sichere Wirkung zwingt, der kann viel! Mit Recht sagt man: würden doch unsere kreißenden Dichterlinge nur ein wenig von Sudermanns Könnerschaft haben!

Und doch: so sehr dem Wollen der Meisten ein Können zu wünschen bleibt, die Technik Sudermanns paßt nur für Sudermann. Jeden anderen müßte sie verderben. Wie sie vielleicht auch ihn verdorben hat. Vielleicht. Oder war es die ihm angeborene Doppelwesenheit, daß er jetzt schauen kann wie ein Dichter, und dann nicht imstande ist, Geschautes vor dem andrängenden Kitsch zu schützen? Geschaut, wahrhaftig, ist der saftige Knubben, der aus Sudermanns ostpreußischer Heimat mit den Wurzeln erfaßte alte Klingsberg im Lodenrock des Borussischen Bojaren! Eine lebendige Menschlichkeit im Puppenspiel! Auch auf dem Kurfürstendamm ist Sudermann daheim, seine Bar-Nymphe eine literarisch ungeschminkte Verbraucherin von viel Schminke! Diese beiden Figuren fanden klassische Verkörperung in einer durchaus glänzenden Gesamtaufführung, von der kurz angedeutet sei: Ida Orloff war die merkwürdig rührende blaße Tugend und Paul Bildt der nervöse, gequälte junge Sünder; auch Albert Patry, Rosa Valetti, Hermann Vallentin erwiesen sich dem meisterlichen Rollenschreiber durchaus dankbar. Aber die beiden! Paul Wegener hatte — Verzeihung für das verbrauchte Wort! — den vollen Erdgeruch der ostpreußischen Krume, die Olga Limburg den undefinierbaren Duft des amourösen Boudoirs. Jede Faser des einen und der anderen zuckte naturgemäß. Wenn heute ein Fremder fragt, was es in Berlin zu sehen gibt: man muß ihn ins Residenztheater schicken, zum Wegener und zur Limburg, ungeachtet des Stücks von Hermann Sudermann.

Hermann Kienzl.

Organisation von Volksvorstellungen. Man schreibt uns: Der Vorstand des Karlsruher Theaterkulturverbands hatte auf Donnerstag abend Vertreter von gewerkschaftlichen Organisationen zur Besprechung der Gründung einer Volksbühne in den Probesaal des Landestheaters geladen. Die Versammlung, an der auch Vertreter des Kultusministeriums teilnahmen, war sehr gut besucht. An die von dem Vorsitzenden des Theaterkulturverbandes, Herrn Günther, unterbreiteten Vorschläge schloß sich eine rege Aussprache an, in der sämtliche Redner den Plan einer städt. Volksbühne, die den breiteren Schichten des Volks gute Theaterkunst vermitteln soll, lebhaft begrüßten und ihre Unterstützung zusagten. Es wurde aus der Versammlung heraus ein Ausschuß gebildet, der nächster Tage zusammentreten und die Richtlinien für die Organisation dieser Volksbühne ausarbeiten wird. Diejenigen gewerkschaftlichen Organisationen, die sich für den Plan interessieren und in der Versammlung nicht vertreten waren, wollen sich an den Vorsitzenden des Theaterkulturverbands (Westendstr. 60) wenden.

Eine Georg Büchner-Feier im Heidelberger Stadttheater. Aus Heidelberg wird uns geschrieben: das hiesige Stadttheater brachte zum Geburtstage Georg Büchners das in seinen Tiefenmaßen gewaltige Fragment „Woyzeck" und das romantische Märchenspiel „Leonce und Lena" zu starker Wirkung. Herr Petersz hat als ein besonders für scharfgeschnittene Charakterdramen empfänglicher Regisseur den „Woyzeck" in die Reliefbühne zusammengedrängt, auf dem Zwischenvorhang die Woyzecktragödie in Moritatenbildern festgehalten und so die rund zwanzig Verwandlungen erträglich gemacht. „Leonce und Lena" erschien als Rokokomärchen. Was dadurch an Witz und Reiz der Ironie verloren ging, wurde durch eine originell vereinfachte Regie wieder eingeholt.

Dr. R. K. G.

Kunst und Wissenschaft.

Gründung der Kleistgesellschaft. Aus Berlin wird uns geschrieben: Im Sitzungssaal der preußischen Staatsbibliothek fand am 4. März die Gründungsversammlung der Kleistgesellschaft statt. Nach einer Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. entwarf Prof. Minde-Pouet ein Bild von den Aufgaben der neuen Gesellschaft. Viel sei bereits für die Einbürgerung Kleists im deutschen Volke getan, viel noch zu tun. Manche Rätsel seines Lebens seien noch zu lösen. Eine Kleist-Biographie, ein Kleist-Handbuch, ähnlich wie das Goethe-Handbuch, müssen geschaffen, die Urteile der Zeitgenossen über Kleist, das bildliche Material gesammelt werden. Eine Reihe von Kleistschriften würde den Mitarbeitern unentgeltlich geboten, Ehrengaben für beste Werke der Kleistforschung verteilt werden. Not tut uns eine Volksausgabe Kleists, so billig, daß jedermann sie sich verschaffen kann. Vorträge über Kleists Verhältnis zu unserer Zeit sollen gehalten werden. Besondere Sorgfalt werde der Pflege des Theaters gewidmet werden. Oberlehrer Dr. Groeper-Frankfurt a. O. berichtete eingehend über die Tätigkeit des vorbereitenden Ausschusses. Die beabsichtigte Gründung der Gesellschaft hat in ganz Deutschland lautes Echo gefunden; auch aus Österreich und der Schweiz kamen begeisterte Zustimmungen. Die Gesellschaft werde ein gewisses Ebenbild der Goethe-Gesellschaft, aber in modernem Sinne organisiert sein. Das zeigt schon die Zusammensetzung des Vorstandes, dessen Wahl auf Vorschlag des Frankfurter Ausschusses folgendes Ergebnis hatte: zum Obervorsitzenden Graf Posadowski, zu Vorsitzenden Prof. Minde-Pouet, Leipzig, Prof. Dr. Petersen, Frankfurt a. M.; zum Vorstand gehören ferner: Prof. Richter, Berlin, Dr. Franz Servaes, Berlin, als Vertreter der Kleiststiftung Gerhart Hauptmann, Max Liebermann, Ferdinand Gregori, Hans Pfitzner, Ricarda Huch, Dr. von Hornack, Hans Reimer, Inhaber der Weidmannschen Buchhandlung, Prof. Anton Kippenberg, Leipzig, Oberbürgermeister Dr. Trautmann und Dr. Groeper, Frankfurt a. O. Dem Vorstand stehen ein geschäftsführender Ausschuß in Frankfurt und ein Werbeausschuß zur Seite; in letzterem sind alle politischen Parteien und alle wissenschaftlichen und künstlerischen Richtungen vertreten, auch führende Männer des wirtschaftlichen Lebens.

Dr. H. S.